

Kommunale Wirtschaftsflops

Bund der Steuerzahler kritisiert Geldverschwendung in Kommunen

(BS/lkm) Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat im Oktober sein Schwarzbuch 2016 vorgestellt. Darin beschreibt er alljährlich besonders schwere Fälle von Verschwendung öffentlicher Gelder, darunter auch einige kommunale Wirtschaftsflops. Der Behörden Spiegel hat die interessantesten Fälle hier zusammengestellt.

Das Schwimmbäder aufgrund der hohen Kosten und der geringen Erträge nicht gerade des Kämmerers Liebling sind, ist bekannt. In Hannover kommt ein Schwimmbad die Stadtkasse aber nun besonders teuer zu stehen. Dort muss das Misburger Schwimmbad nach einer gescheiterten Privatisierung höchstwahrscheinlich abgerissen werden. Die einst privatisierte Einrichtung ging im Herbst 2014 vorzeitig an die Stadt zurück. Seitdem betrieb die Stadt das Bad wieder in Eigenregie und muss die jährlichen Defizite allein tragen. Nur ein Jahr später wurden bei Instandsetzungsarbeiten schwerste Schäden an der Gebäudesubstanz festgestellt. Die Gutachter stellten einen Total Schaden des erst 2007/2008 umfassend sanierten Gebäudes fest. Sie bezifferten die Sanierungskosten auf 16,5 Millionen Euro – ein Neubau würde mit 20,2 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Die Stadt muss jedoch nicht nur die anstehenden Sanierungs- oder Neubaukosten tragen, sondern auch noch bis ins Jahr 2037 den völlig missratenen Umbau abzahlen. Der private Investor hatte in den Jahren 2007/2008, um Kredite für die Badsanierung zu erhalten, seine Forderungen gegenüber der Stadt aus den vereinbarten jährlichen Sanierungskostenzuschüssen regressfrei an eine Bank verkauft. Die Stadt hatte ihrerseits gegenüber der Bank einen Einredeverzicht abgegeben. So muss sie bis 2037 in jährlichen Raten insgesamt 17,7 Millionen Euro zahlen – selbst wenn das Bad abgerissen werden muss.

Maritimer Größenwahn

An dem größten künstlichen See Deutschlands, einem ehe-



„Masterplan Geiseltalsee“: Unter diesem ambitionierten Titel soll Deutschlands größter künstlicher See mit Steuergeld erschlossen werden, und das, obwohl es sechs Kilometer weiter schon 200 Schiffs Liegeplätze gibt.

Foto: BS/Margrit, cc by nc nd, flickr.com

maligen Tagebauloch im Süden Sachsen-Anhalts, soll ein Teil des „Masterplans Geiseltalsee“ inklusive Hafenanlage und Ferienhäusern umgesetzt werden. Bisher flossen rund 25 Millionen Euro Steuergeld, ein privater Investor wird händierend gesucht. Ursprünglich waren 17,6 Millionen Euro für den Bau einer Hafenanlage samt Marina und weitere Bauprojekte veranschlagt. Zeitlicher Verzug, Baukostensteigerungen, aufwendige Kampfmittelbeseitigung und Baugrundprobleme verteuerten jedoch das Projekt. Seit 2010 wurden das steile Ufer und der Baugrund befestigt, die Hafenanlage, etliche Straßen, Treppen und Fußwege, Seebrücke samt Gebäudekomplex sowie Uferpromenade fertiggestellt. Die warten nun auf zahlungskräftige Investoren. Bisher hat sich aber kein Investor gefunden, der sein Geld in bis zu 40 Ferienhäusern und Marina verbauen will. Dies sei nicht verwunderlich, denn der Marina-Betrieb allein ermöglichte kaum Gewinn, was

auch an der Marina im sechs Kilometer entfernten Mülcheln liegt, die bereits über 200 Schiffs Liegeplätze verfügt.

Falls sich kein Investor findet, sollen die Baumaßnahmen und der spätere Betrieb durch einen städtischen Eigenbetrieb umgesetzt werden. Kosten und Risiko müssten dann mit weiteren Steuermillionen abgefangen werden.

Kostenexplosion beim Düsseldorfer Aquazoo

Statt geplanter knapp 13 Millionen Euro wird der Umbau des Aquazoo in Düsseldorf mindestens 18 Millionen Euro kosten, auch die Wiedereröffnung wird sich um mindestens ein Jahr verschieben. Nach einer Ratsvorlage sind die Besucherzahlen in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von jährlich rund 600.000 auf 365.000 Gäste zurückgegangen, da durch attraktive Neueröffnungen in den Zoos der näheren Umgebung zunehmend Konkurrenz entstanden ist. Die Sanierung und Aufrecht-

erhaltung des Aquazoo sei daher nicht notwendig gewesen, kritisiert der Bund der Steuerzahler.

Reinfall mit eigenem Gasthaus

Die Thüringische Gemeinde Kammerforst wollte ein touristisches Angebot in unmittelbarer Nähe des Nationalparks „Hainich“ schaffen. Auf den Grundmauern eines ehemaligen Gebäudes errichtete die Kommune mitten im Wald von 2005 bis 2007 das „Waldgasthaus Reckenbühl“. Die gesamten Baukosten beliefen sich auf rund 800.000 Euro. Allerdings gab es bereits Gaststätten und Hotelbetriebe im Ort, die nun mit öffentlichem Geld subventionierte Konkurrenz bekamen.

Eröffnet wurde die Gaststätte im August 2007 und war bis 2014 verpachtet. Der Pächter kündigte jedoch vorzeitig. Das Haus wurde 2013 geschlossen.

Die Kommunalaufsicht wies den Verkauf des Gebäudes an. Das Waldgasthaus wurde zwei Jahre öffentlich ausgeschrieben – ohne Erfolg. 2013 wurde in einem Wertgutachten für das Objekt Reckenbühl für die Gaststätte ein Verkehrswert von 310.000 Euro ausgewiesen; der vorläufige Grundstückssachwert wurde mit 949.700 Euro und für die Inneneinrichtung ein Anschaffungswert von 180.000 Euro angegeben.

Schließlich wurde das Objekt zum Mindestangebotspreis von 200.000 Euro zur Auktion freigegeben und im Frühjahr 2016 verkauft. Damit sind rund 600.000 Euro Verlust bei den reinen Baukosten entstanden – hinzu kommen der Grundstückswert und die weiteren Ausgaben, die die Kommune hatte.

Hartnäckige Schuldner

Ibbenbüren lässt aus Autoreifen die Luft raus

(BS/lkm) Wer nicht zahlen will, muss laufen – nach diesem Motto geht die westfälische Stadt Ibbenbüren gegen säumige Schuldner vor. Wer Gewerbesteuer, Grundbesitzabgaben, Rundfunkgebühren oder andere Verwaltungsgebühren sowie Verwarnungs- und Bußgelder schuldig ist, muss in Ibbenbüren damit rechnen, einen sogenannten Ventilwächter an seinem Auto vorzufinden.

In Ibbenbüren hat die schlechte Zahlungsmoral der Stadtkasse zufolge vor allem in den beiden vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Immer mehr Empfänger von Zahlungsaufforderungen lassen ihre Zahlungsverpflichtung schleifen. Die Anlässe sind hierbei nahezu beliebig. „Wir haben Eigentümer, die die städtischen Steuern und Abgaben nicht bezahlen, ebenso Falschparker... Rundfunkgebühren, die ja über uns eingezogen werden, machen am meisten Ärger“, so Stadtkassen-Leiterin Miriam Niehaus. In Ibbenbüren will man deshalb nun gegen „Hardcore-Zahlungssäumige“ mit dem Ventilwächter vorgehen. Der Ventilwächter ist eine pneumatische Wegfahrsperre und wird auf Autoreifen aufgesetzt. Beim Fahren lässt er die Luft entweichen. Nach 300 Metern ist der Reifen platt.

Instrumente für ernste Fälle

Ganz ohne Vorwarnung ist dies allerdings nicht vorgesehen, wie Niehaus erläutert: „Bereits auf den Pfändungsandrohungen finden sich Hinweise auf solche Zwangsmaßnahmen. Die Warnung steht also schon im Raum. Wenn wir etwa frühmorgens auf dem Stellplatz des Schuldners den Ventilwächter am Auto anbringen, werfen wir zudem einen weiteren Hinweisbrief in den Briefkasten. Und wir bringen gelbe Warnaufkleber auf den Autoschreiben an – unübersehbar.“

Verhindern kann den Platten, wer sich umgehend mit der Stadtkasse in Verbindung setzt und seine Außenstände bei der Stadt bar oder bargeldlos begleicht. „Unsere Mitarbeiter, die in diesen Fällen zügig erreichbar und vor Ort sind, können beide Zahlungswege bedienen“, so Niehaus.

Bei all dem ist die pneumatische Wegfahrsperre als Instrument für ernste Fälle von Zahlungsverzug gedacht. Als Ultima Ratio für bereits vielfach Gemahnte und Verwarnte, die immer noch beharrlich den Griff zum Portemonnaie scheuen. „Aktuell haben wir zirka 50 sol-

cher Problemfälle in Ibbenbüren, oftmals Mehrfachfälle“, weiß Stadtkassen-Leiterin Niehaus zu berichten. Fünf bis zehn von diesen einschlägig Bekannten sind mittlerweile für den Ersteinsatz des Ventilwächters ins Visier gefasst, weil alles Mahnen bei ihnen nicht gefruchtet hat.

Gerechtigkeit vs. Datenschutz

Letztlich sei es für die Stadt eine Frage der Gerechtigkeit. „Wir erleben in nicht seltenen Fällen, dass jemand auf Zahlungsaufforderungen überhaupt nicht reagiert – aber auf dem Hof steht ein dickes Auto. Das geht nicht zusammen“, berichtet Niehaus aus der Praxis der Stadtkasse. Der Ventilwächter ist hier als erzieherisches Mittel gedacht und um deutlich zu machen, dass eine Zahlungsverpflichtung eine Verpflichtung ist – und zwar für jeden. Kritisch sehen Juristen jedoch, dass die Schuldner mit dem gelben Zettel am Auto quasi öffentlich an den Pranger gestellt werden. Man könne dann ohne Weiteres sehen, dass der Nachbar seine Schulden bei der Stadt möglicherweise nicht bezahlt hat. In der Öffentlichkeit werde damit etwas preisgegeben, dass sonst durch den Datenschutz geschützt sei.

Gänzlich neu und unerprobt ist das Vorgehen aber nicht. Die Ventilwächter werden in Deutschland bereits seit mehr als zehn Jahren in verschiedenen Städten gegen Schuldner eingesetzt. In Mönchengladbach gibt es sie beispielsweise seit 2011, in Freiburg seit 2013. Seit vergangenen Jahr setzt auch Hannover auf die Wegfahrsperre. Laatzen, das die pneumatische Wegfahrsperre bereits seit 2008 nutzt, zieht eine positive Bilanz: Bereits mit der Ankündigung der Zwangsvollstreckung sowie mit dem Einsatz der Wegfahrsperre erfolge ein schnellerer Forderungsausgleich als durch die Androhung anderer Vollstreckungsmaßnahmen. Man werde daher weiter an den Ventilwächtern als Mittel der Zwangsvollstreckung festhalten.

„Folgekosten kommunaler Einrichtungen“

Entscheidungsgrundlage für kommunale Gremien

von Dr. Ulrich Keilmann



Dr. Ulrich Keilmann leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften

beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/Hessischer Rechnungshof

Die Theorie ist einfacher, an der Praxis hapert es indes an mancher Stelle: Eine Planung der Folgekosten soll im Vorfeld einer Investition eine transparente Entscheidungsgrundlage für kommunale Gremien, etwa die Vertretungskörperschaft, bilden. Auf Basis wirtschaftlicher Analysen und der dadurch gewonnen Planungssicherheit kann ein fundiertes Votum für oder gegen eine Investition getroffen werden. Die dadurch zu erreichende Transparenz bei Investitionsentscheidungen ermöglicht es, finanzielle Mittel bedarfsgerecht einzusetzen und wirtschaftlich zu handeln. Gleichwohl haben zahlreiche Kommunen Schwierigkeiten, in der Praxis Folgekosten korrekt und mit überschaubarem Aufwand zu berechnen. Die Überörtliche Prüfung kommu-

stigen Kosten sowie aus den Personalkosten. Die Verwaltungs- und sonstigen Kosten beinhalten alle Kosten, die sich nicht den anderen Kategorien zuordnen lassen. In den Folgekosten sind interne Verrechnungsgeldern und Kosten für den Betrieb der Einrichtung enthalten.

Die Folgekosten II werden auf Basis kalkulatorischer Zinsen addiert, die durch Anwendung eines festen Zinssatzes auf die indizierten Anschaffungs- und Herstellungskosten berechnet werden.

Bei den Folgekosten III werden die kalkulatorischen Abschreibungen hinzugerechnet.

Die Folgekosten IV ergeben sich nach Abzug zurechenbarer Erlöse. Darunter fallen alle privat- und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen, Erträge aus

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstigen ordentlichen Erträge.

Insgesamt können die Folgekosten im Lebenszyklus einer Immobilie ein Vielfaches der Investitionskosten erreichen. Dies lässt sich beispielsweise in Form eines Signalwerts veranschaulichen, der die Zahl der Jahre angibt, nach denen die nicht durch Erlöse der Einrichtung gedeckten durchschnittlichen jährlichen Folgekosten die Anschaffungs-/Herstellungskosten überschreiten. Signalwerte können Anhaltspunkte für Unwirtschaftlichkeit und Hinweise für die weitere Prüfung von Investitionen liefern.

Lesen Sie mehr zum Thema „Folgekosten kommunaler Einrichtungen II“ im Kommunalbericht 2015, Hessischer Landtag, Drucksache 19/2404 vom 12. November 2015, S. 188 ff.

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Glückszins Kredite für Sparfüchse
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

War vergleicht, kommt zu uns.

Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

effektiver Jahreszins 2,77%

5.000 € bis 50.000 €

Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

ES: 11 Planken 63159 Mannheim

Tel.: (0621) 178180-0

Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

HAUFE.

DIE ALL-IN-ONE-LÖSUNG FÜR IHRE PERSONALARBEIT

3 Arbeitsplatz-Lizenzen inklusiv!

HAUFE TVÖD OFFICE PREMIUM

Wissen, Werkzeuge, Weiterbildung – mit Haufe TVÖD Office Premium erhalten Sie von allem nur das Beste. Die Online-Lösung unterstützt Sie in allen Bereichen der Personalarbeit.

- ✓ Kommentare und Praxisbeiträge zu Tarifrecht, allgemeinem Arbeitsrecht, Personalvertretungs- und Sozialrecht, Entgeltabrechnung und Personalmanagement
- ✓ zahlreiche praktische Arbeitshilfen
- ✓ 20 Online-Seminare und 6 e-Trainings

Jetzt 4 Wochen kostenlos testen:
www.haufe.de/tvoed-premium
 Tel. 0800 72 34 248 (kostenlos)

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung

Andreas Wendholt

Prälat-Höing-Str. 19 - 46325 Borken-Weseko